

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil.  
Die Seite 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil.  
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorchriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw.



# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.  
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Sprechstunde Nr. 9.**  
Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele.  
Druck und Verlag  
der A. Oelfschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 56
Dienstag, den 9. März 1926.
100. Jahrgang.

## Die Vollversammlung des Völkerbundes.

### Der Portugiese da Costa zum Präsidenten gewählt.

Genf, 8. März. Pünktlich um 3 Uhr eröffnet der japanische Graf Tshiji als Ratsvorsitzender die Versammlung mit einer Rede, in der er die Bedeutung des Ereignisses des deutschen Aufnahmegeruches betont, das zum ersten Mal Anlaß zur Einberufung einer außerordentlichen Versammlung gegeben habe. Mit Stolz weist er darauf hin, wie prompt der Organismus des Völkerbundes bei wichtigen Anlässen zu arbeiten verstehe. Am Tage des Aufnahmegeruches noch sei der Rat zusammengetreten, und einen Monat später schon könnten die offiziellen Vertreter der Mehrzahl aller Staaten der Welt zusammenkommen, um sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Das sei zweifellos ein einzigartiges Ereignis und gebe den Beweis für die Wirkungs-möglichkeit des Völkerbundesapparates in wichtigen Fällen, die das Interesse einer großen Anzahl von Nationen beanspruchten. Zum Schluß seiner Eröffnungsrede glaubte Graf Tshiji die Gefühle aller Vertreter dahin zusammenfassen zu können, daß er Einmütigkeit in der Auffassung darüber feststellte, daß das Ereignis, das die Versammlung veranlaßt habe, von der denkbar größten Bedeutung sei. Eine große Nation melde sich zum Eintritt in den Völkerbund. Darin dürfe man den Beweis erblicken, daß die Bande, die die Völkerbundsmittglieder vereinen, wenn sie auch in der Anwendung noch unvollkommen erscheinen, doch in dem Geist der internationalen Gleichheit, der sie beseele, immer mehr und mehr Hoffnungen erwecken und das Gewissen der ganzen Welt bestimmen werden.

Nach Tshijis Eröffnungsrede trat eine kurze Pause ein, in der eine auf Vorschlag des schweizerischen Bundesrates Moita gewählte Kommission die Anwesenheitsliste prüfte. Bei Wiederzusammentritt der Versammlung wird bekannt gegeben, daß die Vertreter von 48 Staaten genügend legitimiert sind und daß 7 Mitglieder, außer Argentinien noch einige mittelamerikanische Kleinstaaten, keine Vertreter geschickt haben. Dann wird zur Präsidentenwahl geschritten. Die Auszählung der Stimmen ergibt 36 von 48 abgegebenen Stimmen für Alfonso da Costa, den Tshiji den Präsidentenstuhl räumt.

Costa stellte in seiner nunmehrigen Rede einen Optimismus zur Schau, der in der gegenwärtigen Situation doch etwas reichlich übertrieben wirkt. Das ist offenbar auch das Gefühl der Versammlung, die da Costa trotz aller offenkundigen Bemühungen nicht zu Beifallsstundgebungen vor dem Schluß der Rede bewegen kann. Außer seinen Lobpreisungen für das Werk von Locarno, den Dankesäußerungen an Briand und Chamberlain und den kühnsten Hoffnungen auf die künftige Entwicklung des Völkerbundes und der indirekten Einladung an die Vereinigten Staaten weiß er nichts von Bedeutung zu sagen. Nach seiner Rede werden die Kommissionen gewählt, die sich mit dem deutschen Aufnahmegeruch beschäftigen sollen und in der Vollversammlung zu berichten haben. Zum Präsidenten der politischen Kommission wird bis zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund Chamberlain, England und zum Präsidenten der Budgetkommission Loucheur, Frankreich gewählt. Dann findet die Wahl der sechs Vizepräsidenten der Versammlung durch Zettelwahl statt, die natürlich längere Zeit in Anspruch nimmt. Aus der Vizepräsidentenwahl gehen als gewählt hervor: Scialoja - Italien, Tshiji - Japan, James Allen - Neuseeland, Caballero-Paraguay, Titulescu-Rumänien und Morales - San Domingo.

Diese 6 Vizepräsidenten bilden mit Chamberlain und Loucheur und dem Präsidenten da Costa als Kommissionspräsidenten nunmehr das endgültig konstituierte Präsidium der siebenten außerordentlichen Völkerbundversammlung.

**Die Kandidaturen.**  
Am 9. März. Folgende Staaten haben nunmehr ihre Ansprüche auf einen ständigen Ratsitz angemeldet: Spanien, Brasilien, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, China, Portugal und Jugoslawien.

**Der spanische Anspruch auf sofortige Einräumung eines Ratsitzes.**  
Einer Radiomeldung aus Genf zufolge hatte Briand Sonntagabend eine längere Aussprache mit dem spanischen Außenminister Yanguas und dem spanischen Völkerbundsdelegierten Quinones de Leon gehabt. Die Unterredung bezog sich auf die Frage der Erweiterung des Rates. Gerücheweise verlautet, daß die spanischen Vertreter mit dem Austritt Spaniens aus dem Völkerbund drohen, wenn der spanische Anspruch auf Gewährung eines ständigen Sitzes nicht sofort erfüllt werde.

**Die politische Lage am Montag abend.**  
Am 9. März. Die diplomatische Lage hat sich nach Abfahrt Briands nicht geändert. Es besteht jedoch die Absicht, durch vertrauliche Besprechungen zwischen den einzelnen Delegationen bis zur Rückkehr Briands die Situation so weit zu klären, daß man Dienstag oder Mittwoch die Besprechungen der Locarnomächte mit mehr Erfolg als am Sonntag aufgenommen werden können. Die Hauptschwierigkeit in der Verhandlung ist in der Tatsache zu erblicken, daß sich unter den 10 Ratsstaaten, von deren Stimme Deutschlands Wahl zum ständigen Ratsitz abhängt, ein Staat befindet, der seine Zustimmung hierzu nur unter der Voraussetzung erteilen will, daß auch ihm ein ständiger Ratsitz zugesichert wird. Dieser Staat ist Brasilien. Man geht daher in der Annahme nicht fehl, daß von der Stellungnahme der brasilianischen Delegation für den weiteren Verlauf der Ereignisse außerordentlich viel abhängt. Fürs erste scheint jedoch Brasilien auf seinem Standpunkt zu beharren. Die von der spanischen Regierung bereits vor Entsendung der Genfer Delegation ausgesprochene Drohung, im Falle der Nichterlangung eines ständigen Ratsitzes aus dem Völkerbund auszutreten wird in Genfer politischen Kreisen nicht allzutraglich genommen. Auch von der polnischen Delegation darf angenommen werden, daß sie sich unter dem Druck der anderen Mächte bereit finden wird, ihre Ansprüche bis zum Herbst zurückzustellen, da während der Vollversammlung im September, wie alljährlich, eine Neuwahl der nicht ständigen Mitglieder des Rates erfolgen wird. So ist es denn mit dem veto Schwedens, so wenig dessen Bedeutung unterschätzt werden darf, allein nicht getan, denn es genügt nicht, daß ein Ratsmitglied wie Schweden gegen jede Erweiterung des Rates, außer der durch Deutschland, Einspruch erhebt, sondern alle 10 Mitglieder müssen der Wahl Deutschlands in den Rat ihre Stimme geben. Unter diesen Umständen versteht man es, wenn in den Kreisen der deutschen Delegation die Lage außerordentlich ernst beurteilt wird. Im übrigen ist die Stellungnahme der deutschen Delegation unverändert. Sie kann in Ruhe abwarten, ob es den anderen Großmächten gelingt, Brasilien von seinem Einspruch abzubringen und auch Spanien und Polen zu beruhigen. Sollte dies nicht gelingen, so wird die deutsche Delegation im Vollbewußtsein ihres Rechtsstandpunktes nach Berlin zurückkehren, mit der Gewißheit, daß der größte Teil der Welt ihren Entschluß billigen wird.

## Die französische Kabinettskrise.

### Doumergues Sondierungen.

Am Paris, 9. März. Am Montag abend wurde folgendes Communiqué ausgegeben:  
Der Präsident der Republik empfing heute nachmittags Miliès, Lacroix, Malvy, Chéron und Lamoureux, die Präsidenten und Berichterstatter der Finanzkommission von Kammer und Senat. Doumergue unterhielt sich darauf mit den Präsidenten und Vertretern verschiedener Parlamentsgruppen. Der Staatschef wird seine politischen Besprechungen in den Vormittagsstunden des Dienstags wieder aufnehmen.

Die politische Lage ist noch ungeklärt. Der Präsident der Republik hat gestern nachmittag die Präsidenten der großen Kammer und Senatskommissionen empfangen. Besonders lange zog sich die Unterredung mit Malvy hin. Der Präsident der Finanzkommission wurde dann auch, als er das Elisee verließ, von den Journalisten mit Fragen bedrängt, die er dahin beantwortete, daß die Sondierungen des Präsidenten der Republik heute noch nicht abgeschlossen werden. Der Besuch Briands bei dem Präsidenten der Republik wurde einen Augenblick nicht verstanden und mit den Bemühungen Doumergues zur Lösung der Kabinettskrise in Zusammenhang gebracht. Briands Bemerkung, man habe ihm einen Teller auf dem Kopf

geschlagen und möchte jetzt, daß er die Scherben auflese, wird jedoch von der Presse so verstanden, daß er an seiner Absicht festhält, die Bildung des Kabinetts nicht wieder zu übernehmen. Die meist genannten Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft sind noch immer Caillaux und de Monzie, die persönlich Feinde sind. Caillaux hat heute erklärt, er werde den Posten des Finanzministers nur dann übernehmen, wenn ihm gleichfalls die Ministerpräsidentenschaft angeboten werde. Man schließt daraus, daß Caillaux die Liste seiner Mitarbeiter fertig in der Tasche hat. Schließlich sprach man von Intrigen der Anhänger Herriots, die den Kammerpräsidenten angeblich dazu bringen möchten, einen Auftrag zur Kabinettsbildung anzunehmen.

### Das neue Abfindungs-Kompromiß.

Am Berlin, 8. März. Zu dem Kompromiß in der Abfindungsfrage der deutschen Fürstendhäuser, das am Freitag abend zum Abschluß gekommen ist, hat die demokratische Fraktion bereits am Samstag Stellung genommen. Sie hat beschlossen, einmütig für das Kompromiß einzutreten. Das Zentrum wird sich am Montag entscheiden. Die Deutsche Volkspartei am Dienstag und die Wirtschaftliche Vereinigung sowie die Bayerische Volkspartei an einem dieser beiden Tage. Das Kom-

## Tages-Spiegel.

Die Vollversammlung des Völkerbundes, die von 48 Staaten beschickt ist, trat gestern nachmittag zur Eröffnungssitzung zusammen.

Zum Präsidenten der Völkerbundsversammlung wurde der Vertreter Portugals da Costa gewählt.

Die Verhandlungen der Hauptdelegierten, die geheim geführt werden, haben noch keine Klärung der Frage der Ratserweiterung erbracht.

Bis jetzt haben 10 Staaten die Forderung nach Zuteilung eines Ratsitzes erhoben.

Gestern vormittag fand die erste Sitzung des Völkerbundsrates statt. Es wurde darin die Tagesordnung festgesetzt.

Die französische Kabinettskrise ist noch nicht beigelegt. Vor heute nachmittag ist nicht damit zu rechnen, daß Doumergue eine Persönlichkeit zur Regierungsbildung beruft.

Im Reichstag begann gestern die zweite Lesung des Reichshaushalts, wobei Dr. Reinhold die Regierungsvorschläge zur Steuererhebung begründete.

promiß wird gegenwärtig im Reichsjustizministerium einer juristischen Ueberarbeitung unterzogen. Es soll am Dienstag in der endgültigen Fassung vorliegen und dann von den Parteiführern noch einmal überprüft werden.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist die vorliegende Vorlage gegenüber der bisherigen Fassung wesentlich verändert worden. Bei der Auseinandersetzung soll eine Dreiteilung der vorhandenen Vermögensmasse vorgenommen werden. Der erste Teil fällt dem Staat zu. Er setzt sich aus allen Objekten zusammen, die von den früher regierenden Häusern aufgrund des Volks-, Staats- oder des öffentlichen Rechts oder gegen Leistungen erworben sind, die nur kraft der früheren souveränen Stellung ermöglicht worden sind. Beim zweiten Teil handelt es sich um Objekte, die von den Fürsten ausschließlich aufgrund privatrechtlicher Vorgänge erworben sind. Aus diesem Privat-eigentum kann der Staat aber alles herausnehmen, was er aus kulturellen und volkswirtschaftlichen Erwägungen der öffentlichen Hand zuführen will. Ob und welche Entschädigung zu entrichten ist, hängt davon ab, ob dieses Objekt dem Lande finanziellen Nutzen abwirft. Zum dritten Teil der Vermögensmasse gehören alle Objekte, die sich nicht mit Sicherheit oder nur nach langwierigem Beweis in dem ersten oder zweiten Teil eingliedern lassen. Hier hat der Staat ein freies und entschädigungslos Zugreifen auf alle Objekte, die der öffentlichen Befähigung und Benutzung freigegeben worden sind. Es handelt sich dabei z. B. um Theater, Schlösser, Museen, Bibliotheken und Bildergalerien. Diese Objekte werden vom Staat entschädigungslos übernommen, wenn er nicht aus den Einrichtungen einen finanziellen Nutzen zieht.

Weiter ist im Kompromiß festgelegt, daß die Aufwertung der Ansprüche der Fürsten nach den allgemeinen, für die Aufwertung geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgt. Sämtliche Zivilistiken, Kronfideikommissrenten usw. fallen entschädigungslos weg. Besonders ausgesprochen ist die rückwirkende Kraft des Kompromisses. In die Auseinandersetzung fallen alle Objekte, die gegenwärtig noch zwischen dem Lande und den Fürstendhäusern strittig sind. Bereits gefällte Urteile können aufgehoben werden, wenn sie in Widerspruch mit den jetzt aufgestellten Grundsätzen stehen. Die rückwirkende Kraft tritt nicht ein, wenn Land und Fürstendhäuser einig sind. Erlobigt sind daher die Auseinandersetzungen in Bayern, Baden, Sachsen, Braunschweig und Anhalt. Noch nicht erledigt sind die in Preußen, und Thüringen, wo es sich um 8 frühere Staaten handelt. Eine Aufsechtung der geschlossenen Vergleiche liegt vor in Hessen und Lippe-Deilmold. Aufwertungsstreitigkeiten bestehen in einem Teil der bereits genannten Länder und außerdem in Mecklenburg-Schwerin, Württemberg und Waldeck.

### Die Demokratie gegen das Volksbegehren.

Die demokratische Parteileitung erläßt folgende Erklärung:  
„Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die Fürstendhäuser haben zu einem Ergebnis geführt, das der demokratischen Reichstagsfraktion die Zustimmung zum Kompromiß ermöglicht. Die demokratische Parteileitung erwartet nunmehr, daß die Parteifreunde sich am Volksbegehren nicht beteiligen, das angesichts der Unsicherheit des Ausgangs und der Bedenken gegen seine Formulierung nur dann zu empfehlen war, wenn eine annehmbare parlamentarische Regelung nicht erreicht worden wäre. Die Zustimmung des demokratischen Parteiausschusses wird am kommenden Mittwoch gegeben werden.“

geff. Kenn-  
äftigen  
isch  
slagen.  
ltäten zu  
essen  
iten.  
Bier  
icht.  
e n  
enchef.  
n!  
er  
ges  
t  
ahre  
9.50 Mk.  
9, 21, 23  
d, 25 Mk.  
50, 11.50  
5.50 Mk.  
k. darunter  
ine-Anzüge  
5.50 Mk.  
4.25 Mk.  
, 8.50Mk  
2, 25, 27  
d 35 Mk.  
50, 15.  
s 40 Mk.  
3.75 Mk.  
Stück 2Mk.  
5.75 Mk.  
nstrümpfe  
1.95 Mk.  
.10, extra  
1.35 Mk.  
3.25 Mk.  
1.50 Mk.  
1.90Mk.  
1.20 und  
1.50 Mk.  
dieser Zeit  
ann  
ment  
ein  
g f e t t  
billigt  
gingen.

# Zur Tagung in Genf.

(Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.)

Im Augenblick der Abreise der deutschen Delegation nach Genf schien die Situation bezüglich der Gestaltung des Völkerbunds rats eine gewisse Klärung in der Richtung erfahren zu haben, daß England nach den Ausführungen Chamberlains und Baldwin zu schließen sich gegen die gleichzeitige Aufnahme weiterer Staaten neben Deutschland auszupreisen geneigt war. Die angekündigte Aussprache der hauptbeteiligten Staaten mit den deutschen Vertretern vor der entscheidenden Sitzung wird nun wohl Gelegenheit geben, unsern Standpunkt noch weiter zur Geltung zu bringen. Der Reichszentralrat hat ja in seiner letzten Rede unumwunden zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland es nicht als günstiges Vorzeichen für seinen Eintritt in den Völkerbund betrachten würde, wenn man durch die Erweiterung des Völkerbunds zum mindesten den Eindruck erwecken würde, als solle die deutsche Stimme durch andere ausgeglichen werden, wodurch, wie Chamberlain mit Recht betonte, das unglückselige Spiel mit der sog. Gleichgewichtspolitik wieder aufzuwachen würde. Wenn es daher nicht zu einem Eklat kommen soll, so werden die Alliierten mit ihrem politischen Häufelkind noch ein ernstes Wort reden müssen, denn sowohl Spanien wie Brasilien dürften, sofern Polen nicht auf der sofortigen Zuweisung eines ständigen Sitzes besteht, ihre Wünsche vorerst zurückstellen. Der Reichszentralrat hat ja auch zu erkennen gegeben, daß die Stellungnahme Deutschlands zu diesen Fragen in einem späteren Zeitpunkt von den Erfahrungen abhängig gemacht werden müßte, die wir bei der Mitarbeit im Rate und in der Völkerbundversammlung zu machen Gelegenheit haben werden.

Wenn man die Frage der Erweiterung der Ratsitze objektiver betrachtet, so muß zugegeben werden, daß dieses Problem nicht erst aufgetreten ist, als es sich um die Aufnahme Deutschlands handelte, sondern es steht schon seit der Gründung des Bundes zur Erörterung. Der Artikel 4 des Völkerbundsstatuts bestimmt, daß der Völkerbundrat sich aus den Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte sowie aus Vertretern von 4 anderen Mitgliedern des Bundes zusammensetzt. Diese 4 Mitglieder werden von der Versammlung nach deren Ermessen und zu einer von ihr zu bestimmenden Zeit gewählt. Der Artikel des Statuts 4 fügt dann hinzu: „Bis zu der ersten Wahl durch den Bund sind die Vertreter Belgiens, Spaniens und Griechenlands Mitglieder des Rates.“ Weiter heißt der Artikel fest, daß mit Zustimmung der Versammlung der Rat Mitglieder bezeichnen kann, denen eine dauernde Vertretung im Rate zukommt. Der Rat kann ferner mit der Zustimmung der Mehrheit der Versammlung die Zahl der Mitglieder des Bundes erhöhen, die von der Versammlung zur Vertretung im Rate zu wählen sind.

Der Kampf um die Ratsitze hatte denn auch bald nach dem Zusammentritt des Völkerbundes begonnen. An die Stelle Griechenlands war Uruguay getreten, und die Zahl der nicht ständigen Ratsitze wurde auf 6 erhöht, um Schweden und der Tschechoslowakei den Eintritt in den Rat zu ermöglichen. Damit war das Problem aber nicht erledigt, denn sowohl Spanien wie Brasilien haben schon vor längerer Zeit ihren Anspruch auf ständige Ratsitze angemeldet und ebenso hat Polen schon seit langem bei seinen Freunden, wenigstens unter die Zahl der nicht ständigen Ratsitzvertreter aufgenommen zu werden, gebeten. Die Bemühungen der obengenannten Staaten sind auf die ebenfalls schon seit längerer Zeit zur Erörterung stehende Frage zurückzuführen, ob man nicht in einem regelmäßigen Turnus Neuwahlen für die nicht ständigen Ratsitze vornehmen solle. Alle diese Dinge sind schon lange, ehe der Eintritt Deutschlands zur praktischen Erörterung stand, behandelt worden.

Was nun die Begründungen anbelangt, welche die heute nach einem ständigen Sitz im Völkerbundsrate strebenden Staaten für ihre Ansprüche geltend machen, so vertritt Spanien den Standpunkt, daß ihm als Mutterland und Repräsentant der Völker spanischer Zunge ein Anrecht auf einen ständigen Sitz im Völkerbund zusteht, Brasilien stützt sich auf die Tatsache, daß das gesamte lateinische Amerika ebenfalls noch nicht im Völkerbundrat vertreten sei, und Polen tritt als Sprecher der Slawen auf, wobei es gleichzeitig auch ein Mandat von der Kleinen Entente zu erhalten erhoffte, deren Tendenzen größtenteils ja ebenfalls in der Richtung der Unterdrückung der deutschen Minderheiten laufen. Der späteren Aufnahme Spaniens scheinen weder von deutscher noch von der Entente Seite Widerstände entgegenzutreten, die Ansprüche Brasiliens sind neuerdings von Japan unterstützt worden, das dabei zweifellos an ein Zusammenarbeiten mit den südamerikanischen Staaten gegen den nordamerikanischen Wirtschafts Imperialismus denkt, die Wünsche Polens aber sind von allen Staaten außerhalb der Entente abgelehnt worden, weil einmal die Entente ohnedies für die polnischen Interessen in weitestgehendem Umfange sich einsetzt, und weil man wohl auch hofft, daß Rußland schließlich doch noch in den Völkerbund eintritt, und damit als stärkste slawische Macht ein Anrecht auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat hätte. Die Ansprüche dieser Mächte haben aber begreiflicherweise noch weitere Mitgliedsstaaten, so auch Persien, veranlaßt, einen ständigen Ratsitz zu fordern. Man sieht also, die Auffassung der nicht direkt beteiligten Staaten, daß die Aufzählung dieses Problems nicht nur zusehnd, sondern direkt sprengend wirken würde, hat ihre Berechtigung.

In indirektem Zusammenhange mit der Frage der Ausgestaltung des Völkerbundsrates dürfte der Besuch des südslawischen Außenministers Rintisch in Paris stehen. Man erwartet anscheinend in den Kreisen der Großen und Kleinen Entente mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Aufzählung der Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Nun würde Südslawien von einem solchen Anschlusse in nationalpolitischer Hinsicht eigentlich wenig betroffen, dagegen aber scheint es die wirtschaftlichen Auswirkungen zu befürchten. Bekanntlich wird der Anschlußgedanke auch von der Tschechoslowakei und vom faschistischen Italien bekämpft, und es wird noch großer Geduld und kluger Arbeit bedürfen, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn man bedenkt, daß Bismarck bis zur Lösung der kleindeutschen Frage 20 Jahre brauchte, obwohl damals eine für Preußen-Deutschland viel günstigere außenpolitische Konstellation vorhanden war, und erganz andere militärische Machtmittel als das heutige Deutschland zur Hand hatte, so können wir uns etwa eine Vorstellung davon machen, wie schwer der Weg für uns heute zum Groß-

# Amtliche Bekanntmachungen

**Martterlaubnissegejus-der Gemeinde Neuweiler Oberamt Calw.**  
Die Erlaubnis zur Abhaltung eines Jahr-, Vieh- und Schweinemarktes am dritten Donnerstag des Monats Juli ist abgelassen.

Die Gemeinde Neuweiler hat die Erneuerung dieser Genehmigung beantragt.

Einwendungen gegen dieses Gesuch sind binnen 10 Tagen bei dem Oberamt Calw einzureichen.

Calw, den 4. März 1926. Oberamt: Rippmann.

## Feibereinsigung IV Simmozheim.

Nachdem die Maße und Werte der Vereinigungsfläche festgestellt sind und jedem Grundeigentümer ein Besitzstandsauszug zugestellt worden ist, wird auf

**Dienstag, den 23. März ds. Js., nachmittags 2 Uhr, in das Rathaus in Simmozheim Besitzstands- und Einschätzungsgesamt**

anberaumt.

Etwasige Einwendungen gegen die Besitzstandsaufnahme und gegen die Schätzung sind bei Ausschlußvermeidung bis zur Tagfahrt oder in dieser selbst vorzubringen. Gegen die Verschätzung rechtzeitigen Vorbringens solcher Einwendungen findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht statt.

Die Akten und Pläne über die Besitzstandsaufnahme und Schätzung liegen 2 Wochen lang vor dem anberaumten Termin auf dem Rathaus in Simmozheim zur allgemeinen Einsicht auf.

Die Vollzugskommission ist auf Verlangen bereit, das von ihr eingehaltene Verfahren auf der Tagfahrt zu erläutern.

Calw, den 8. März 1926. Oberamt: Rippmann.

deutschland zu begehen ist, womit allerdings bezüglich der Zeitspanne bis zur Erreichung dieses Zieles keine Vergleiche ange stellt sein sollen, denn es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Verhältnisse in den nächsten Jahren sich für uns günstiger gestalten, wenn wir die Vorbereitungen entsprechend treffen und unsere Rechtsansprüche dauernd geltend machen.

Im übrigen haben wir den Eindruck, daß die Aussprache zwischen Briand und Rintisch nicht nur auf diesen Punkt beschränkt war, ja daß er nicht einmal das Hauptmoment bildete, sondern daß eher die Beziehungen beider Staaten zum Balkanproblem und nicht zuletzt zu Italien dabei von besonderer Bedeutung waren. Mussolinis Größenwahn geht bekanntlich nach der Adriaküste bis hinunter nach Albanien. Er spielt auch mit der Idee der Wiedererwerbung Savoyens und Nizzas, weshalb man schon wiederholt den Franzosen Schwierigkeiten zu machen suchte. Südslawien wird sich also wohl gewisse Sicherungen auch gegen Italien holen wollen. Aber im großen Ganzen dürfen wir diese Vorgänge nicht als feste Größen in die politische Bilanz Europas einstellen, es handelt sich hier auf absehbare Zeit hinaus noch in der Hauptsache um taktische Schritte, denn das Hauptinteresse der Großen und Kleinen Entente, ihre durch den Weltkrieg errungene Position zu halten und zu festigen, wird dadurch vorläufig in keiner Weise berührt werden.

## Gedenkfeier für das Rheinland im Reichstag.

Der Westausflug für Rhein, Saar und Pfalz veranstaltete am Sonntag nachmittag aus Anlaß der Befreiung der Kölner Zone eine Gedenkfeier. Der Plenarsitzungsraum des Reichstages und die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. In der Diplomatensloge hatten unter anderem der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Marx und Reichstagspräsident Lohse Platz genommen. Der Vorsitzende Präsident Dr. Kaufmann sagte in seiner Begrüßungsansprache, daß ein Dreigestirn über dieser Feierstunde steht: die Freiheit des Rheinlandes, Görres der rheinische Patriot und der leider seit Jahren bedrohliche Verfallerscheinungen aufweisende Kölner Dom. Geh. Rat Prof. Dr. Marx legte die historische Verbundenheit und Gegenwart dar. Geheimrat Dr. Fintel betonte in einer eingehenden Würdigung der Persönlichkeit Görres, daß das deutsche Volk alle Ursache habe, in seiner Gesamtheit Görres ein Denkmal zu setzen. Besonderer Eindruck machte die Rede von Geheimrat Prof. Dr. Clemens-Bonn über den Kölner Dom, als den Ausdruck der Kunst und Kultur Deutschlands. In der Wandelhalle des Reichstages fand im Anschluß ein Tee-Empfang statt, während dessen namhafte rheinische Künstler der Staatsoper einige Vorträge vortrugen.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 9. März 1926.

### Rundgebung gegen die Fürstenabfindung.

Man schreibt uns: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ Zu dieser Forderung nahm am Freitagabend im Weißchen Saal der Landtagsgebäude R. Schneck (Komm.) in einer sehr gut besuchten Versammlung Stellung. Der Referent — er ist keine unbekannt Persönlichkeit in Calw — zeigte in zweifelhafte Rede die Gefahr, die der wertvollen Schicht in Deutschland droht, wenn sie sich nicht durch reifliche Eintragung gegen die Fürstenforderungen erhebt. An Hand von konkreten Beispielen erklärte er den Anwesenden, welche Folgen die seitherige Politik mit sich gebracht habe: Häufung der Konturde, also praktisch die vollständige Ruinierung des früheren sogenannten Mittelstandes, eine Erwerbslosigkeit, deren Ursache im heutigen System begründet liegt. Aus diesen Dingen gehe mit Deutlichkeit die Unfähigkeit der heute Herrschenden hervor, die Wirtschaft in Gang zu bringen. In einer solchen Situation trete eine Anzahl von ehemaligen Fürsten auf und verlange vom verelendeten deutschen Volk Milliarden an Gold, Hunderttausende von Hektar Land, Hunderte von Schiffen und Grundstücken. Der Redner sprach dann über die heutige Rechtsprechung und zeigte auf, was geschehen würde, wenn jenes Reichsgericht, wie es die Bürgerlichen Parteien zur Erledigung der Fürstenansprüche fordern, in Tätigkeit trete. An Hand der Geschichte wies endlich der Referent nach, wie die Fürsten zu ihrem Vermögen gekommen seien, und wie andere Völker — wie Frankreich 1789 und Rußland 1917 — ihre Fürsten abgefunden hätten. Auch das deutsche Volk müßte mit aller Energie und Geschlossenheit den Kampf um die restlose Enteignung der Fürsten durchführen. — In der Debatte gab ein Handwerker in schlichten Worten ein Bild von der Notlage des Mittelstandes aus eigener Erfahrung, um für restlose Enteignung der Fürsten zu sprechen. Ein weiterer Redner forderte das gleiche. Ein Mitglied der Völkischen Freiheitspartei sprach dafür, wenigstens jenen Fürsten, die anständig regierten (z. B. dem würtbg. Königshaus) eine Abfindung

zulassen. In seinem Schlußwort nahm der Referent unter dem Beifall der Anwesenden nochmals Stellung zu den Ausführungen der Diskussionsredner. Nach der Aufforderung des Versammlungsleiters an Männer und Frauen, ihre Namen zum Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung auf dem Rathaus einzutragen, konnte die Kundgebung geschlossen werden.

### Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Depression im Nordwesten bewirkt, daß die Wetterlage weiterhin unbeständig bleibt. Für Mittwoch und Donnerstag ist wechselnd bewölkt, und auch noch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

**SCB Pforzheim, 8. März.** Bei Tagesgrauen wurde in der Enz bei Brögingen eine männliche Leiche gefunden, die später als der 67 Jahre alte Tagelöhner Johann Maier aus Dillweihenstein erkannt wurde. Maier ist auf noch unaufgeklärte Weise in die Enz geraten und hat dort den Tod durch Ertrinken gefunden.

**SCB Bondorf, 8. März.** Sonntag früh ist das Anwesen des Bauers und Kohlenhändlers Christian Kaufmann beim Bahnhof vollständig niedergebrannt. Brandstiftung wird vermutet.

**SCB Cannstatt, 8. März.** Infolge der starken Regengüsse in den letzten Tagen ist der Neckar stark gestiegen. Gestern nachmittag zeigte er sich hier ufervoll. Da inzwischen die Regengüsse nachgelassen haben, dürfte indessen, obwohl die jetzt wärmere Witterung den Schnee der letzten Tage zum Schmelzen bringt, keine Hochwasser Gefahr bestehen.

**SCB Rotweil, 8. März.** Die Deutschdemokratische Partei hielt hier gestern ihre Frühjahrstagung ab. Nach einer Landesauskunftung, in der Dr. Kaufhe über Landespolitik und wirtschaftliche Fragen berichtete, fand nachmittags eine öffentliche Versammlung statt. Reichstagsabg. Minister a. D. Dr. Dietrich sprach dabei über Reichspolitik und besonders die Fürstenabfindung. Er bekannte sich zu dem Kompromiß der Koalitionsparteien und wandte sich gegen die Beteiligung am Volksbegehren. Weiterhin sprach noch Staatspräsident a. D. Dr. Hieber über Kulturpolitik.

## Sport.

### Der Sport am Sonntag.

**SCB Stuttgart, 8. März.** Im letzten Verbandsspiel siegten die Stuttgarter Räder über den 1. F.C. Pforzheim 3:1. Von sonstigen Spielen sind hervorzuheben Sportklub Stuttgart gegen Vacker-München 2:2, Vf.B. Stuttgart gegen F.S.P. Mainz 4:2, Eintracht gegen Juffenhäuser 2:10, Sportverein Cannstatt gegen 1. Stuttgarter F.V. 3:0.

## Uns Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	188,69 Mk.
100 franz. Fr.	15,07 Mk.
100 schweiz. Frk.	80,94 Mk.

### Stuttgarter Börsenbericht vom 8. März.

Die Börse lag heute fest bei teilweise größerer Umsatztätigkeit. Die Kurse konnten vielfach anziehen.

### Produktenbörsen- und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

### Berliner Produktenbörse vom 8. März.

Weizen märz. 249—253; Roggen märz. 148—152; pomm. 146 bis 151; Sommergerste 162—166; Wintergerste 159—169; Weizenmehl 32,25—35,75; Roggenmehl 21,50—23,25; Weizenkleie 10; Roggenkleie 8,80—9; Vittoriaerbsen 26—32; kleine Speiserbsen 23—25; Futtererbsen 19—21; Pelusiden 20—21; Ackerbohnen 20—21; Widen 22—25; blaue Lupinen 11,50—12,50; gelbe 13,75—14,50; Geradella 14—21; Rapskuchen 14—14,50; Leinöl 18,50—18,60; Trodenschnitzel 8,20—8,50; vollwertige Zuderschnitzel 18,50—18,60; Kartoffelsoden 13,70—14; Speisekartoffeln weiße 1,25—1,50; rote 1,45—1,70; gelbleihsige 1,65 bis 1,80; Tendenz: ruhig.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Berichtigungen in Betracht kommen. D. Schrift.

## Eingekandt.

### Unhaltbarer Zustand der oberen Bischoffstraße.

Vor ca. 2 Jahren richteten die Anwohner der Bischoffstraße an den Gemeinderat eine Eingabe, damit der Staub- und Dretnot, zumal bei dem großen Verkehr in dieser Straße, ein Ende gesetzt würde. Damals beschloß der Gemeinderat die Pflasterung der Straße. Es sollte zuerst der obere Teil in Angriff genommen werden, im letzten Augenblick wurde jedoch aus unbekanntem Gründen der untere Teil zuerst gepflastert, trotzdem die Pflasterung am oberen Teil viel notwendiger gewesen wäre, da hier der Staub keinen Ausweg gegen die Raugold hat, wie weiter unten.

Den Bewohnern der oberen Bischoffstraße wurde dann versprochen, im nächsten Frühjahr wird die Pflasterung fortgesetzt, das Frühjahr kam, aber der Gemeinderat fiel um und beschloß, zuerst andere Straßen zu verbessern. Die Bischoffstraße wurden nun weiter vertröstet, nächstes Jahr kommt eure Straße sicher daran, sie warteten in Geduld und wiegen sich in der Hoffnung. Das Frühjahr ist wieder da, und nun teilt uns das Rathaus mit, daß die Straße dieses Jahr nochmal nicht gepflastert werden soll, die Stadt habe andere Arbeiten usw. Damit können wir uns nicht zufrieden geben. Die Straße wurde zwar — um der größten Not abzuhelfen — im Spätjahr leicht mit Kalksteinen überworfen, welche Arbeit in einem Tag fertig war, sie wird aber bei dem starken Verkehr, der nun einsetzt, in ganz kurzer Zeit wieder die alten Mängel haben. Die Häuser werden zittern, die Straße wird voll Staub sein und ihre Bewohner können Staub und Dretnot schlucken, während bei Regenwetter, bei der Enge der Straße, man auf dem Gehweg nicht gehen kann, ohne mit Dretnot bespritzt zu werden.

Die Bischoffstraße ist für den Durchgangsverkehr die verkehrsreichste Straße der Stadt und haben dadurch die Anwohner genug Unannehmlichkeiten, deshalb können wir von der Stadt verlangen, daß sie ihren Wünschen mehr entgegenkommt. Wir wollen keine Stiefkinder und Bürger zweiter Klasse sein und fordern von der Stadt, daß die alten Versprechen eingelöst werden, andere weniger notwendige Arbeiten zurückgestellt, und die Pflasterung der Straße in Angriff genommen wird.

Mehrere Anwohner.

# Verbandsversammlung des Gemeindeverbands Elektrizitätswerk Leinach-Station.

Am Donnerstag, den 4. März tagte im Badijchen Hof in Calw die jährliche Versammlung des Gemeindeverbands Elektrizitätswerk Leinach-Station unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Müller, Neubulach. Anwesend waren 139 stimmberechtigte Vertreter der Verbandsgemeinden sowie die Oberamtsvorstände von Calw, Freudenstadt, Leonberg, Nagold und Neuenbürg. Nach der Begrüßung durch den Verbandsvorsitzenden machte Direktor Schmidt längere Ausführungen über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr und über die Lage des Verbandes im allgemeinen. Er führt aus, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage auch die Elektrizitätswerte in Mitleidenschaft ziehe, wenn auch nicht in dem Maße, wie dies im sonstigen Wirtschaftsleben der Fall sei. Das abgelaufene Geschäftsjahr sei ein arbeitsreiches aber auch erfolgreiches gewesen, der Anschlußwert und der Stromabsatz seien ganz bedeutend gestiegen, die Installationsabteilung sei trotz der Abschaffung des Monopols sehr stark beschäftigt gewesen, wodurch notwendige Instandsetzungs- und Verbesserungsarbeiten hätten zurückgestellt werden müssen, welche aber in diesem Jahre unbedingt nachzuholen seien. Durch Zurückstellung verschiedener laufender Arbeiten seien naturgemäß weniger Ausgaben entstanden; der gute Wasserstand und die möglichst gewesene ausgiebige Verwendung der Wasserkraft habe ebenfalls finanziell günstig gewirkt und alle diese Umstände hätten das erzielte gute Rechnungsergebnis herbeigeführt. Nun könne vielleicht die Meinung entstehen, daß infolge des günstigen Ergebnisses ein weiterer Strompreissabbau möglich sei, er müsse aber jetzt schon sagen, daß eine derartige Maßnahme nicht zu empfehlen sei. Der Vertrag mit der Sammelschiene trete erst in Wirksamkeit und es müsse abgewartet werden, wie sich derselbe überhaupt auswirke; es sei noch nicht vorauszusehen, wie in diesem Jahre die Wasserhältnisse seien, der Stromabsatz gehe etwas zurück und die zurückgestellten Arbeiten erforderten einen ziemlich großen Aufwand; außerdem seien neue Leitungen und Schaltstationen zu erbauen, wozu ebenfalls größere Mittel erforderlich seien. Die Verwaltung sei jedoch der Auffassung, daß die Rabattfähe für gewerbliche Kraftabnehmer noch etwas erhöht werden könnten und auch für größere Lichtabnahme seien Rabatte vorgesehen. Des weiteren sei vom Verwaltungsrat im Prinzip ein neuer Tarif beschlossen worden, nach welchem von einer gewissen Mindestlichtabnahme ab der Strom für Koch- und Heizzwecke mit 15 Pfg. berechnet werde. Bei einem Vergleich unserer Strompreise mit denen anderer Werke müsse gesagt werden, daß der Gemeindeverband Leinach bei den billigsten Werken sei und sich deshalb mit seinen Strompreisen wohl sehen lassen könne. Wenn trotzdem die Ansammlung größerer Rücklagen möglich gewesen sei, so müsse er sagen, daß dies nur durch Anwendung äußerster Sparbarkeit und Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte erreicht werden konnte. Auch die Verbandsvertreter seien dem Verband immer mit Rat und Tat beigestanden und das Verhältnis zwischen dem Verband und den Verbandsgemeinden sei als ein wirklich gutes zu nennen, was von früheren Zeiten leider nicht immer gesagt werden könne. Der feinerzeitige Aufwertungsbeschluß der Verbandsversammlung habe in den beteiligten Kreisen einen sehr guten Eindruck gemacht und die Verbandsversammlung verdiene allen Dank für ihr großzügiges Entgegenkommen gegenüber den früheren Gläubigern, wodurch das Vertrauen zu dem Verband und sein Ansehen außerordentlich gestärkt worden sei. Dem Verband sei die Aufwertung nur möglich gewesen, nachdem genügend Rücklagen als Deckung zur Verfügung standen, diese Rücklagen seien in der Hauptfrage den Verbandsgemeinden als Darlehen hingegeben worden. Leider sei es nicht möglich gewesen, in dieser Hinsicht alle Wünsche zu erfüllen und es hätte manches Geldgesuch nicht berücksichtigt werden können. Dabei möchte er heute schon an die anwesenden Verbandsvertreter die bringende Bitte richten, den Verband in Zukunft mit Darlehensgesuchen zu verschonen, da dieser von jetzt ab seine Gelder für eigene bringende Zwecke benötige.

Hierauf ersattete Obergeringenieur Frid den Betriebsbericht und führte aus:

Die graphisch dargestellte Entwicklung des Anschlußwertes und der Stromerzeugung des Gemeindeverbands Elektrizitätswerk Leinach-Station gebe ein eindrucksvolles Bild von der unaufhaltbar steigenden Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft, wie sich diese vom Jahr 1911 bis 1925 im Versorgungsgebiet des G.E.T. ausgewirkt habe. Der Anschlußwert betrage heute für Licht 3000 KW. (100 000 Lampen), für landwirtschaftliche Motoren 11 060 KW. (4350 Motoren), für Gewerbe und Industrie 3640 KW. (1080 Motoren), Koch- und Heizapparate 1200 KW., zusammen 18 900 KW. Auf die Entwicklung des Anschlußwertes habe die Kriegs- und Nachkriegszeit verhältnismäßig wenig eingewirkt. Die Kurve des zunehmenden Anschlußwertes zeige einen ziemlich gerablinigten Verlauf, weit aus die größte Steigerung sei jedoch in der Inflationszeit im Jahr 1921 aufgetreten. Die Stromerzeugung sei durch die Rationierung in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ganz unbedeutend angestiegen, in den Jahren 1918 und 1919 sogar etwas zurückgegangen. In dem Schaumbild komme deutlich zum Ausdruck, welche außerordentliche Bedeutung in diesen Jahren die 1915 in Betrieb genommene Wasserkraft für den Verband habe. Nach Aufhebung der Stromrationierung zeige sich eine sprunghafte Steigerung der Stromabnahme, im Jahr 1920 eine Zunahme von 1 000 000 000 KWSt., von da bis heute eine Steigerung von durchschnittlich 0,47 Millionen KWSt. im Jahr. Im verfloßenen Jahr seien mit eigenen Betriebsmitteln 2 000 000 KWSt. mit Wasser, 2,05 Millionen KWSt. mit Kohlen, 0,15 Millionen mit Diesel, zusammen 4,2 Millionen KWSt. erzeugt, 1,1 Millionen KWSt. vom Murgwerk und zum Teil von Herrenberg bezogen worden. Die Gegenüberstellung von Anschlußwert und Stromerzeugung lasse erkennen, daß vom Jahr 1912 ab gerechnet der Anschlußwert auf das Dreifache, dagegen im gleichen Zeitraum die Erzeugung um

das vierfache gestiegen sei. Durch die zu wenig eingehaltene Drehordnung habe es im letzten Herbst größte Nähe gekostet, den bis aufs Äußerste angelegten Betrieb einigermaßen aufrecht zu erhalten. Um dem Hochspannungsnetz des Gemeindeverbands Elektrizitätswerk Leinach-Station, zusammen 340 Kilometer, eine größere Betriebssicherheit zu verleihen, werde das bestehende Leitungsnetz durch verschiedene, zum Teil schon in Angriff genommene Arbeiten so umgebaut, daß die hauptsächlich durch Baumfall verursachte Störungen sich möglichst lokal auswirken. Gleichzeitig werde auch damit der Anfang gemacht, den Leitungsquerschnitt der Hochspannungsleitungen angemessen zu verstärken. Die nach Calw bis Bad Liebenzell führende Hochspannungsleitung werde zu einer Ringleitung ausgebaut, wodurch im Störfall auch eine Stromlieferung von Liebenzell her talaufwärts stattfinden könne. Mit dieser Neuordnung des Hochspannungsnetzes sei auch ein teilweiser Umbau der Transformatorstationen und der Schalteranlagen in Station Leinach verbunden. Die künftige Gestaltung unserer Stromerzeugung werde durch den mit der württembergischen Sammelschiene A.-G. (Wälag) abgeschlossenen Vertrag überwiegend beherrscht. Das Vertragsverhältnis trete am 1. April d. Js. in Kraft. Aufgabe des Verbandes sei es nunmehr, dafür zu sorgen, daß sich der Sammelschienevertrag möglichst günstig auswirke, was der Fall sein werde, wenn nach Maßgabe des zur Verrechnung kommenden Grundgebührentarifs möglichst viel Strom bezogen und damit auf eine hohe Benützungsdauer und billigeren Strompreis gekommen werde. Die Frage der Betriebssicherheit und der ungestörten Stromlieferung müsse noch einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Die vorhandenen Gasmaschinen seien bereits auf Benzolbetrieb umgestellt und es sei das Werk dadurch in der Lage, bei einem Versagen der Stromversorgung durch die Sammelschiene mit diesen Maschinen und dem Dieselmotor mit zusammen 1100 KW. einzuspringen. Diese Reserve reiche jedoch zur Deckung bei Ausfall der Sammelschiene zur Zeit der Höchstleistung nicht aus und es werde Aufgabe der Verbandsleitung sein, diese Frage einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Die vom Verwaltungsrat vorgeschlagene Bilanz für die Rechnungsjahre 1924 und 1925 wurden genehmigt, ebenso die Rechnungen 1921, 1922, 1923, sowie die Entlastung des Rechners. Der Neuwahl des Verwaltungsrats ging eine größere Aussprache voraus. Zum Schluß einigte sich die Verbandsversammlung auf Antrag der Verwaltung und des Schultheißen Metzger, Simmersfeld, dahin, daß die einzelnen Bezirke Vorschläge machen, auf Grund welcher die Wahl vorgenommen werden könne. Ein von dritter Seite eingereichter Wahlvorschlag fand keine Unterstützung. Gewählt wurden: vom Bezirk Calw: Stadtschultheiß Müller, Neubulach, Verbandsvorsitzender, Schultheiß Braun, Altsengstett, stellvert. Vorsitzender, Stadtschultheiß Mäulen, Liebenzell, ordentliches Mitglied, Schultheiß Braun, Liebelberg, zugewähltes Mitglied; vom Bezirk Freudenstadt: Schultheiß Decker, Pfalzgrafenweiler, zugewähltes Mitglied; (Freudenstadt hat satzungsgemäß kein ordentliches Mitglied); vom Bezirk Leonberg: Stadtschultheiß Böhmle, Heimsheim, Schultheiß Kipp, Höfingen; vom Bezirk Nagold: Schultheiß Rath, Egenhausen, Schultheiß Metzger, Simmersfeld; vom Bezirk Neuenbürg: Schultheiß Hermann, Schömberg, Schultheiß Kircher, Gräfenhausen, Schultheiß Seuser, Schwann, Gemeinderat und Sägerwerksbesitzer Woffert, Virensfeld. Als Ersatzmänner wurden bestellt: Schultheiß Maulbetsch, Hirsau, Schultheiß Fischer, Simmoheim, Schultheiß Schmid, Schöningen, Schultheiß Stumpf, Merlingen, Gemeinderat Krämer, Rutesheim, Stadtschultheiß Bernhardt, Haiterbach, Schultheiß Schmid, Röhrdorf, Schultheiß Feldweg, Höfen, Schultheiß Allinger, Döbel, Schultheiß Wurster, Engelsbrand, Landwirt Weiß, Ottenhausen. Zum Schriftführer wurden Kassier Schneider bestellt und Verbandsrechner Schmidt zum Direktor ernannt. An Stelle des ausgeschiedenen Obergeringenieurs Munk wurde Obergeringenieur Frid zum technischen Leiter gewählt.

Genehmigt wurde ferner die neu aufgestellte Besolungsatzung, welche bereits die Genehmigung der Min.-Abteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung erhalten hat.

Die Stromlieferungsverträge mit den Stadtgemeinden Neuenbürg und Altensteig würden ohne Erörterung genehmigt, auch wurde der Verwaltungsrat ermächtigt, mit der Gemeinde Calmbach einen Stromlieferungsvertrag abzuschließen auf der Grundlage, daß die einzelnen Abnehmer direkt vom Verband beliefert werden.

Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Erwerbung eines Wohngebäudes in Calw. Er führt aus, daß diese Erwerbung deshalb notwendig gewesen sei, weil sich die Büroräume in Station Leinach als unzureichend erwiesen hätten und die Freimachung einer Wohnung im Verwaltungsgebäude erforderlich sei. Der Verwaltungsrat sei deshalb zu dem Entschluß gekommen, für Direktor Schmidt ein Wohnhaus in Calw zu erwerben oder zu erbauen und es sei auf Grund dieses Beschlusses das Bügensteinsche Anwesen an der Altbürgerstraße in Calw um den Kaufpreis von 24 000 M. erworben worden. Direktor Schmidt bemerkt dazu, daß bei den Stromabnehmern allgemein der Eindruck erweckt worden sei, daß er — Redner — mit allen Mitteln nach Calw strebe. Dem sei jedoch nicht so, er habe in Station Leinach eine sehr schöne Wohnung mit allen Bequemlichkeiten und seine neue Wohnung in Calw sei sicher kein vollwertiger Ersatz, aber es müßten eben für Bürozwwecke weitere und größere Räume beschafft werden und das sei nun möglichst durch Freimachung einer Wohnung.

## Die Gelesenheit

eines Blattes ist die Gewähr für den Erfolg des Anzeigentils

Schon durch Beschluß der Verbandsversammlung vom Jahre 1922 sei der Verwaltungsrat ermächtigt worden, die Frage der Verlegung der gesamten Verwaltung nach Calw ernstlich zu prüfen und entsprechende Verhandlungen zu führen. Bis jetzt hätte aber ein geeignetes Anwesen nicht gefunden werden können, f. G. könne jedoch diese Frage nicht auf die Dauer verschoben werden. Gemeinderat Gehring, Ostelsheim, findet es merkwürdig, daß in jetziger Zeit um teuren Preis ein Anwesen erworben werde, nachdem es doch Pflicht eines jeden Betriebes sei, zu sparen, wo man könne, er glaube nicht, daß die Beschaffung von Büroräumlichkeiten so dringend sei, diese könnten f. G. müheelos in dem großen Verwaltungsgebäude auf Station Leinach gewonnen werden; auch Gemeinderat Schütz, Stammheim, ist der gleichen Auffassung. Gemeinderat Bey, Virensfeld, führt aus, daß er die Erwerbung des Anwesens nicht als überflüssig ansehen könne, es sei doch selbstverständlich, daß bei Vergrößerung eines Betriebes, wie dies beim Gemeindeverband der Fall sei, eben auch weitere Büroräume notwendig seien und wenn der Verwaltungsrat diese Notwendigkeit erkannt habe, so müsse man diesem doch beipflichten. Direktor Schmidt erwidert, daß ihm ein gegenteiliger Standpunkt ziemlich unklar sei, die Büroräume genügen schon längst nicht mehr den bestehenden Bedürfnissen, es könne nicht einmal eine Registratur untergebracht werden. Der Verband habe sich um etwa das vierfache vergrößert, das Personal ebenfalls entsprechend und die Räume, die vor 15 Jahren bei Inbetriebsetzung des Werkes vollauf genügt hätten, seien heute nicht mehr zureichend. Jeder Geschäftsmann sei zur Erweiterung seines Anwesens genötigt, wenn sich sein Betrieb vergrößere und vergrößere und einen andern Weg könne der Gemeindeverband auch nicht gehen. Stadtschultheiß Göhner, Calw, spricht sich für die Verlegung der Verwaltung nach Calw aus. Es sei doch so, daß die Station Leinach ziemlich abgelegen sei, Calw sei der Sitz der Bezirksbehörden, habe eine sehr gute Post- und Eisenbahnverbindung und der Verband könne nur gewinnen, wenn die Verwaltung ihren Sitz in Calw habe. Die Stromabnehmer vom Lande, die aus den verschiedensten Anlässen in die Bezirksstadt Calw kämen, könnten ihre Anliegen beim Werk viel besser erledigen, wenn die Verwaltung in Calw wäre. Die Stadt Calw habe von einer Verlegung keinerlei Nutzen, da der Verband steuerfrei sei, dagegen würden der Stadtgemeinde verschiedene Verpflichtungen erwachsen, die sie aber gerne übernehmen würde. Er spreche also lediglich im Interesse des Verbandes, wenn er der Verlegung nach Calw das Wort rede. Hierauf wird die Erwerbung des Bügensteinschen Anwesens gut geheißt und der Verwaltungsrat ermächtigt, wegen der Verlegung der Verwaltung nach Calw weitere Verhandlungen zu führen und erforderlichenfalls abzuschließen.

Genehmigt wird von der Versammlung die Aufnahme eines Darlehens bis zum Betrag von 300 000 RM. zwecks Verbesserung der Fernleitungen und Ortsnetze, da die vom Verband ausgeliehenen Gelder z. Bt. nicht getündigt werden können.

Gemeinderat Schütz, Stammheim, bringt vor, daß bei Instandsetzung von Ortsnetzen auch die bestehenden Eisenhausanschlüsse durch Kupfer ersetzt und die entstehenden Kosten den Abnehmern aufgerechnet werden. Er halte letztere Übung nicht für richtig, diese Abnehmer hätten ihre Hausanschlüsse seinerzeit bezahlt und eine Veränderung gehe f. G. zu Lasten des Verbandes. Direktor Schmidt erwidert, daß die Auffassung des Vorredners irrig sei, vor allem möchte er sagen, daß es sich hier um etwa 6000 Hausanschlüsse handle, die dem Verband einen ganz außerordentlichen Aufwand verursachen würden. Diese Eisenanschlüsse seien in der Zeit, als kein Kupfer mehr zur Verfügung stand, aufgelegt worden; die Mehrzahl der in Betracht kommenden Abnehmer hätten früher Gelegenheit zum Anschluß gehabt, diese hätten aber ganz ruhig die Entwicklung des Verbandes abgewartet und seien erst dann Stromabnehmer geworden, als anderweitige Licht- und Kraftquellen nicht mehr vorhanden waren. Der Verband habe kein Interesse, für diese Abnehmer, die seinerzeit bei der großen Kohlenknappheit nur eine Belastung für den Verband gewesen seien, Aufwendungen zu machen. Wenn dieser Aufwand auf den Verband übernommen würde, so wäre eine Strompreiserhöhung erforderlich, es müßten also die alten Abnehmer, die von Anfang an durch ihren Beitritt die Gründung und das Durchhalten des Verbandes ermöglicht hätten, jetzt für die später hinzugekommenen Abnehmer bezahlen und das könne nicht der Wille der Verbandsversammlung sein. Die Angelegenheit könne jedoch vom Verwaltungsrat noch einmal in dem Sinne behandelt werden, daß etwaige Härten vermieden würden.

Schultheiß Charrier, Neuhengstett, bemängelt, daß eine ganze Anzahl Verbandsgemeinden, die später zum Verband gekommen seien, zu den Kosten der Ortsnetzumbauten und Transformatorstationen beizutragen hätten. Eine solche Maßnahme entspreche weder der Satzung noch der Gemeinnützigkeit des Verbandes und er möchte dringend bitten, die fraglichen Kosten ganz auf den Verband zu übernehmen. Direktor Schmidt kann sich dieser Auffassung nicht anschließen, für die Gemeinden gelte dasselbe wie für die Abnehmer. Die fraglichen Gemeinden seien erst dann zum Verband gekommen, als sie hierzu gezwungen gewesen seien und ein Risiko für sie nicht mehr bestanden hätte. Sie hätten ruhig zugehört, wie die übrigen Gemeinden bei der Gründung des Verbandes eine große Haftung übernommen hätten, sie selbst hätten sich aber gedrückt, weil sie der Auffassung waren, daß das Unternehmen doch nicht gelinge. Es sei nur recht und billig, wenn diese Gemeinden nun zu den entstehenden Umbaukosten herangezogen würden, wobei er bemerke, daß sich eine ganze Anzahl derselben seinerzeit dem Verband gegenüber sehr ablehnend verhalten und ihm jedes Entgegenkommen verweigert hätten. Die Verbandsversammlung stellt sich auf den Standpunkt der Verwaltung, es sind also beide Anträge abgelehnt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schloß die Versammlung mit herzlichen Dankesworten an die Verbandsvertreter für die rege Beteiligung.

nahm der ... Stellung zu ... Aufforde ... Frauen, ihre ... auf dem ... beschlossen wer ...

wurde in der ... den, die später ... Dillweihen ... lärtre Weise in ... Ertrinken ge ...

am Freitag früh ... ist ... Christian ... Ruf ... Brandstift ...

Regengüsse in ... Felsen nach ... die Regen ... die jetzt wär ... um Schmelzen ...

atische Partei ... einer Lan ... despolitik und ... eine öffentl ... er a. D. Dr. ... bers die Fär ... mif der Ro ... am Volks ... a. D. Dr.

dspiel siegen ... im 3:1. Von ... tgart gegen ... Sp. B. Mainz ... ein Cannstatt ...

irtschaft.

9 Mh.  
7 Mh.  
4 Mh.

Umjastätig

temberg und

2; pomm. 146  
9-169; Wei ...  
Weizenleie  
kleine Speis ...  
10-21; Ader ...  
11,50-12,50;  
en 14-14,50;  
; vollwertige ...  
-14; Speise ...  
fleischige 1,65

den Börsen- und ...  
irtschaftlichen Ber ...

age.  
Bischoffstraße ...  
Staub- und ...  
Straße, ein ...  
meinderat die ...  
bere Teil in ...  
wurde jedoch ...  
wurde gepflastert,  
wendiger ge ...  
egen die Ra ...

de dann ver ...  
ortzgesetzt,  
und beschloß,  
offler wurden ...  
Straße sicher ...  
in der Hoff ...  
aus das Ra ...  
cht gepflastert ...  
Damit kön ...  
wurde zwar ...  
hr leicht mit ...  
g fertig war,  
steht, in ganz ...  
Häuser wer ...  
ihre Bewoh ...  
Regenwetter,  
y nicht gehen ...

lehr die ver ...  
die Anwohner ...  
on der Stadt ...  
kommt. Wir ...  
sein und for ...  
gelöst werden,  
und die Pfla ...

wohner.

## Forstamt Liebenzell. Wegbau-Akkord.

Die Arbeiten zur Verbesserung des „Neuchlinswegs“ (Ausfahrt aus Staatswald VI. Haugstetterberg am unteren Bad vorbei gegen den Bahnhof Liebenzell) mit einer Länge von rd. 580 m und einer Voranschlagsumme von 16 000 RM. werden nach den bestehenden gedruckten Bedingungen der Staatsforstverwaltung öffentlich vergeben.

Schriftliche, verschlossene Angebote werden spätestens bis **S a m s t a g**, 18. d. Mts. mittags 12 Uhr an das Forstamt erbeten.

Kostenvoranschlag und Pläne liegen auf der Forstamtskanzlei zur Einsichtnahme auf.

Stadtgemeinde Calw.

## Vergebung von Bauarbeiten.

Für einen **A n b a u** an das Kleinkinderschulgebäude sind sämtliche vorkommenden Bauarbeiten im Akkord zu vergeben.

Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen liegen auf unserem Büro zur Einsichtnahme auf, woselbst die Angebote bis längstens nächsten Donnerstag, den 11. ds. mittags 12 Uhr einzureichen sind.

Stadtbauamt Calw: Schüttele.

## Fuhr-Akkord.

Das städt. Fuhrwesen wird für die Zeit vom 1. April 1926 bis 30. September 1926 im Abstreich neu vergeben. Die Akkordsbedingungen liegen zur Einsicht auf.

Die schriftlichen Gebote wollen bis zum 11. März 1926 mittags 12 Uhr bei der Stadtpflege abgegeben werden.

Calw, den 8. März 1926.

Stadtpflege Frey.

Rentheim, den 8. März 1926.

## Trauer-Anzeige.

Geben allen Freunden und Bekannten die überaus schmerzliche Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, meine treubesorgte Gattin, unsere herzengute Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Maria Münz**

geb. Schwämmle nach langem, schwerem Leiden im Alter von 52½ Jahren zu sich zu nehmen.

In tiefem Leid:

der Gatte **Jakob Münz**

mit seinen Kindern

Die Geschwister **Schwämmle**.

Beerdigung Mittwoch nachm. ¼ 4 Uhr.

Calw, den 8. März 1926.

## Dankfagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

**August Weckerle**

sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. **Wilhelmine Weckerle** mit Kindern; **Jak. Wagner** mit Frau **Pauline** und Kindern, Basel.

Zavelstein.

## Flachs, Hanf und Berg

nimmt fortwährend zur Verarbeitung an, zu Tuch, Tisch- und Handtücher, Kelsche u. Garne in Ia. Qualität.

## Friedr. Pfommer, Weber.

Komme auf den nächsten Calwer Markt mit

## Seilerwaren.

**Karl Koller, Seiler**  
Neubulach.

## Portland-Zement

trifft nächster Tage wieder ein am Bahnhof **Althengstett** und empfiehlt (ab Waggon) billigt **Samuel Vetter, Gchingen**.



Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Konfirmations-  
Geschenke



Evang. Buchhandlung  
**Carl Spambalg**  
Hermannstraße  
Fernspr. 189.

LEINENHAUS & WÄSCHEFABRIK  
**S. SIGMANN**  
PFORZHEIM  
ECKE LEOPOLD- u. ZERRENHNERSTR.

Best. 1902

Herstellung vollständiger  
**Braut-Ausstattungen**  
zweckmäßige Zusammenstellung  
gediegene u. geschmackvolle  
Ausführung  
Verwendung bester bewährter  
Stoffe  
Angebote auf Wunsch  
in jeder Preislage.

Windjacken  
Wickelgamaschen  
Socken  
und Strümpfe

**Reichert**  
Dom Guten  
das Beste!

Am Mittwoch, auf dem Krämermarkt von morgens 9 bis abends 7 Uhr

Boskoop-, sowie andere, sehr gut haltbare

## Zafel=Apfel

Bei Regenwetter unt. d. Rathaus.

## Trikotreste

sind eingetroffen  
**Carl Binder**  
Zwinger 295.

*Flommm*  
*Einige Trikotreste*  
*wurden*  
*übergeben.*  
*Donnerstag*  
*im Gießhaus!*

Einen noch sehr gut erhalt.

Liegportwagen  
und neuen

Rückentisch  
sowie gutes

Holzcarbolinum  
hat billig zu verkaufen. Wer,  
sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

## Lederfett

empfehl

**Ab. Wochele**  
Lederhandlung.

**Ulmer** **Pflüge**

**Carl Herzog, Eisenhandlung, Calw**

## Wilh. Waackenbuth

Ackerwalzen  
Brückenwagen  
Centrifugen  
Drahtgeflechte  
Ersatzteile  
Futterschneider  
Gabeln  
Heuwender  
Lauchepumpen  
Kartoffelwäscher  
Lager  
Mähmaschinen  
Mägel  
Obstmühlen  
Pflüge  
Quersägen  
Riemen  
Sämaschinen  
Transmissionen  
Ulmer Schweinetröge  
Vieh-Ketten  
Waschkessel  
X Kleinisenswaren  
Y Elektrotechn. Artikel  
Zick-Zack Eggen  
Calw, Biergasse  
Telefon 142.

## Linzen

(gutkochende) per Pfd. 18 g  
empfiehlt

**Friedrike Pfeiffer**,  
Kolonialwaren, Vorstadt.

## Eisenbahner=

Hemden,  
weiße

Einsatz-Hemden  
Unterhosen

Reformhosen  
Schlupfhosen

empfehl

**Carl Binder**  
Zwinger 295.

Eine bereits neue

**Mäh-**  
**Maschine**

System Gerster, für Schneider  
geeignet, verkauft  
**Chr. Hornbacher Emberg**

**Sanitätsskolonne Calw.**  
Samstag, den 18. März, abends 8 Uhr:  
**Generalversammlung**  
im Gasthof zum „Röhl“. Anzug: Zivil. Vollständiges  
Erscheinen erwartet der Kolonnenführer: Pfizenmaier.

Altburg-Wellenschwann.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 11. März stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zur „Krone“ in Altburg freundlichst einzuladen.

**Matthäus Fenchel, Wagner, Altburg.**

**Katharine Pfommer**,  
Tochter des Friedrich Pfommer, Postbote  
in Wellenschwann.

Rückgang 12 Uhr.

## Konfirmations- und Oster-Geschenke!

Empfehle mein Lager in:

Schulranzen

Rucksäcken

Gamaschen

Aktenmappen

Damentaschen

Bügeltaschen

Portemonnaies

Sesangbuchtaschen

Hosenträger

in jeder Ausführung, sowie

sämtliche Bedarfs-Artikel

zu äußerst billigen Preisen

**Hans Kober, Tapeziergeschäft**

Altburg.

In den unten bezeichneten Bäckereien wird das

ärztlich empfohlene

## Gesundheitsbrot

**B G B**

hergestellt. Dasselbe besitzt hohen Nährwert, da es sämtliche Bestandteile von Weizen und Roggen mit Ausnahme der unverdaulichen Kleie enthält, ist sehr bekömmlich und lange frisch bleibend.

Das dazu verwendete Mehl wird aus den edelsten Rohprodukten nach besonderem Verfahren hergestellt in den Werken der

## Stuttgarter Bäckermühlen u. G.

Ehlingen a. N. und Hermaringen a. Br.

In Calw:  
Bäckermeister **Verlamm, Kirchherr, Klumpp, Koch,**  
**Lug, Morof, Schnürle.**

In Liebenzell:  
Bäckermeister **Weiß.**

Nur echt, wenn jeder Laib mit Banderole und Etikett versehen.

Am Mittwoch, den 10. ds. Mts.  
stehen in meinen Stallungen schöne

## Milch- u. Läuferschweine

zum Verkauf **E. Harisch**  
z. Schiff.

## Wasserglas

hell u. geruchlos empfiehlt  
**Ch. Schlatterer.**

Berkaufe ca. 35-40 Jtr.  
guteingebrachtes

## Heu

**August Koller, Kohlers-**  
**tal, Bahnwarthaus Nr. 40.**

Ein gebrauchter

## Herb

billig zu verkaufen  
**E. Lebzelter, Calw.**

## Sommerproffen

belehigt

**Alpenblüten-Crem**  
**Rispa-Crem**

zu haben bei  
**Friseur Winz, Marktpl.**

Morgen

sind auf dem Markt  
beim Brunnen

schöne

## Tafeläpfel

billig zu haben.  
**B. Obermüller, Bachnang**